

VERGABEUNTERLAGEN

Vergabe-Nr. 2026-046-2401

Kooperationspartnerschaften für kooperative Klassen der Berufsvorbereitung/Berufsintegration an Berufsschulen

Offenes Verfahren (EU) (VgV)
AUSSCHREIBUNG

I. INFORMATIONEN ZUM VERFAHREN

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Anlagen.

Der Zweckverband sucht geeignete Kooperationspartner, die in ausreichender Zahl qualifizierte und erfahrene pädagogische Fachkräfte und Fachkräfte zur sozialpädagogischen Betreuung stellen. Zudem muss der Kooperationspartner über geeignete Räume verfügen. In enger Zusammenarbeit mit der Schule ist auf Basis des Lehrplans für die Berufsvorbereitungs-/Berufsintegrationsklassen und eines vom Kooperationspartner selbst erarbeiteten sozialpädagogischen Betreuungs- und Unterstützungskonzepts die ausgeschriebene Dienstleistung zu erbringen, Bildungsarbeit zu leisten und eine Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Projekt

Kooperationspartnerschaften für kooperative Klassen der Berufsvorbereitung/Berufsintegration an Berufsschulen:

Unterricht und sozialpädagogische Betreuung

Berufliches Schulzentrum Hof – Stadt und Land, Pestalozziplatz 1, 95028 Hof,
Durchführungsort: gem. Leistungsverzeichnis des jeweiligen Loses.

Es gelten die Förderrichtlinien gem. KMS VII.1-BS9400.10-1/66/57 vom 21.01.2026 des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Das Kultusministerielle Schreiben für das Schuljahr 2026/2027 ist abrufbar unter:

<https://www.berufsvorbereitung.bayern.de/kultusministerielle-schreiben-und-handreichungen/>.

Die Vergabe steht unter dem Vorbehalt, dass die jeweilige Klasse auch tatsächlich von der Regierung genehmigt bzw. eingerichtet wird und eine Finanzierung hinreichend gesichert ist.

Vergabeart

Offenes Verfahren (EU)

Termine

Bekanntmachung am: 27.05.2026

Frist zum Stellen von Bieterfragen: endet am 21.06.2026 (23:59 Uhr)

Bekanntgabe der Antworten zu den Bieterfragen (spätestens): 23.06.2026

Angebotsfrist: 29.06.26, 09:15 Uhr

Öffnung der Angebote 29.06.2026 / 09:30 Uhr

Bindefrist: 10.08.2026

Lose

Los 1: 1 Berufsintegrationsvorklasse BIK/V

Los 2: 1 Klasse kooperatives Berufsvorbereitungsjahr BVJ/k

Los 3: 1 Klasse kooperatives Berufsvorbereitungsjahr BVJ/k

Los 4: 1 Berufsintegrationsklasse BIK

Angebote sind möglich für maximal 4 Lose. Pro Los soll ein Vertrag abgeschlossen werden.

Die Abgabe von Nebenangeboten oder mehreren Hauptangeboten ist nicht zulässig.

Es werden nur Angebote fachkundiger und leistungsfähiger (geeigneter) Bieter berücksichtigt, welche die festgelegten Kriterien zur ordnungsgemäßen Auftragsausführung erfüllen. Die Eignung der Bieter wird anhand der geforderten Erklärungen und Nachweise beurteilt.

Verlängerungsoption

Der Auftraggeber hat die Option auf eine bis zu dreimalige Verlängerung des Vertrags mit gleicher Laufzeit im folgenden Schuljahr zu unveränderten Konditionen. Details zu den Verlängerungsoptionen sind dem Leistungsverzeichnis des jeweiligen Loses zu entnehmen.

Kriterien für die Auftragsvergabe

Überschreitet das Angebot für das jeweilige Los die maximale Höhe der Fördermittel, so führt dies zum Ausschluss des Bieters für dieses Los.

Bewertungsmethode: Die Zuschlagskriterien lauten Bruttopreis 50% und Leistung 50% (vgl. Anlage 3b des jeweiligen Loses).

Das Angebot mit der höchsten Kennzahl Z gilt als das wirtschaftlichste Angebot und erhält den Zuschlag. Ist die Kennzahl Z identisch, so erfolgt ein transparenter und diskriminierungsfreier Losentscheid.

II. ALLGEMEINES

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

1. rechtliche Verpflichtungen:

Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männer bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Verpflichtungen auf Verlangen durch die Vorlage prüffähiger Unterlagen nachzuweisen. Bei einem Einsatz von Nach- oder Subunternehmern sind diese durch den Auftragnehmer entsprechend zu verpflichten und haben die Einhaltung der Verpflichtungen in gleicher Weise auf Verlangen nachzuweisen.

Mit der Abgabe des Angebots erklärt der Bieter, dass er bzw. ein eingesetzter Unterauftragnehmer alle Verpflichtungen aus dem Mindestlohngesetz (MiLoG) und Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) in der jeweils aktuellen Fassung während der gesamten Vertragslaufzeit, inklusive etwaiger Verlängerungen/Optionen einhält. Der Bieter bestätigt sicherzustellen, dass eventuellen Unterauftragnehmern die entsprechenden Vorgaben bekannt sind und durch diese während der gesamten Vertragslaufzeit, inklusive etwaiger Verlängerungen/Optionen eingehalten werden. Bei Zuwiderhandlung oder Verstoß besteht ein Sonderkündigungsrecht des Auftraggebers und ein Schadensersatzanspruch.

2. Auskünfte

Bieterfragen sind fristgerecht, ausschließlich über das eVergabe-System Aumass zu stellen. Ein Anspruch auf die Beantwortung später eingehender Fragen besteht nicht. Konkretisieren die Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen die Vergabeunterlagen, werden die Antworten Bestandteil und Gegenstand der Vergabeunterlagen. Maßgeblich sind jeweils die zeitlich letzten Antworten des Auftraggebers.

Enthalten die Vergabeunterlagen, insbesondere die Leistungsbeschreibung, nach Auffassung der Bieter Unklarheiten (z. B. Widersprüche, Missverständnisse, Mehrdeutigkeiten, etc.), so hat der Bieter den Auftraggeber über das eVergabe-System Aumass vor Angebotsabgabe unverzüglich darauf hinzuweisen. Die Rügeobliegenheit nach § 160 Abs. 3 GWB bleibt unberührt. Jegliche Kommunikation erfolgt in deutscher Sprache. Der Einwand, dass der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art und Weise der Ausführung nicht genügend unterrichtet gewesen sei, ist ausgeschlossen.

3. Eigene AGB, sonstige beigefügte Unterlagen

Abweichende Bestimmungen oder Regelungen im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages werden nicht Vertragsbestandteil. Beinhaltet das Angebot eigene Geschäftsbedingungen des Bieters (auch AGB), muss das Angebot gemäß § 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO bzw. §§ 53 Abs. 7 Satz 1, 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV ausgeschlossen werden.

Seitens des Bieters dürfen keine Änderungen oder Ergänzungen an den Vertragsunterlagen vorgenommen werden. Des Weiteren werden sonstige vom Auftraggeber nicht angeforderte dem Angebot beigefügte Unterlagen weder Angebots-, noch ggf. Vertragsbestandteil und finden bei der Prüfung und Wertung des Angebots keine Berücksichtigung. Bitte beachten Sie, dass Verweise auf Datenträger, Literatur, Broschüren usw. die geforderten Antworten und Erklärungen nicht ersetzen. Sie werden nicht bewertet.

Unentgeltliche Nebenleistungen können zum Ausschluss des Angebots führen, soweit hierbei die Vorteilsnahme eines der Beteiligten oder auch Dritter nicht ausgeschlossen werden kann.

4. Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen

Eine wissentlich unvollständige oder falsche Erklärung im Angebotsschreiben kann den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben. Tritt insbesondere bei den im Vordruck L1240 genannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt. Sollten für den Bieter fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, so ist zu schildern, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen. Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

5. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Bestimmungen über **Datenschutz** und Datensicherheit. Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und das Bayerische Datenschutzgesetz (BayDSG) sind zu beachten.

Der Auftragnehmer verarbeitet Daten nur soweit er hierzu beauftragt wurde und nur auf ausdrückliche Weisung des Auftraggebers. Werden dem Auftragnehmer Speichermedien des Auftraggebers für die Erfüllung seiner Verpflichtung übergeben, so sind diese nach Erfüllung unverzüglich an den Auftraggeber zurückzugeben. Falls der Auftragnehmer im Auftrag des Auftraggebers personenbezogene Daten verarbeitet, schließen die Parteien eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung im Sinne von Art. 28 DSGVO.

6. Eine **Entschädigung** für die Bearbeitung der Vergabeunterlagen und die Erstellung der Angebote wird nicht gewährt. Dem Angebot beigefügte Unterlagen, Muster usw. gehen, sofern nichts Anderes vereinbart wird, ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum des Auftraggebers über.

7. Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse sind in den Angebotsunterlagen entsprechend kenntlich zu machen. Im Angebot ist anzugeben, ob für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind. Ein wie auch

immer gearteter pauschaler Hinweis genügt nicht und wird seitens des Auftraggebers nicht berücksichtigt.

8. Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte, die nicht der Erstellung des eigenen Angebots dienen, sind ohne Genehmigung des Auftraggebers unzulässig.

Der Auftragnehmer hat alle ihm bei der Durchführung des Vertrags bekannt gewordenen Tatsachen, Angaben, Umstände und Ergebnisse Dritten gegenüber geheim zu halten, soweit ihn der Auftraggeber nicht in schriftlicher Form hiervon entbindet. Dies gilt auch für die Zeit nach Beendigung des Vertragsverhältnisses. Die Vertragspartner sind verpflichtet, über den Vertrag, dessen einzelne Bestimmungen, sowie dessen Ausführung Stillschweigen zu bewahren. Über eine Veröffentlichung stimmen sich die Vertragspartner zuvor ab.

Soweit der Auftragnehmer im Rahmen von Vertragsverhältnissen Einblick in die Betriebsabläufe des Auftraggebers oder einer von ihm beauftragten Behörde bzw. Zugang zu nicht allgemein zugänglichem Know-how des Auftraggebers oder einer von ihm beauftragten Behörde erhält, ist der Auftragnehmer zur Verschwiegenheit hierüber verpflichtet.

Dem Auftragnehmer ist es untersagt, Einsicht in Schriftstücke aller Art, Akten, elektronische Daten usw. zu nehmen, die in den Räumen der Schule/des Auftraggebers aufbewahrt werden, und/oder davon Abschriften, Ablichtungen und dergleichen zu fertigen. Darüber hinaus wird der Auftragnehmer alle zumutbaren Vorkehrungen treffen, um einen unbefugten Zugriff Dritter auf sensible Daten in seinem Wirkungskreis zu verhindern. Auf Verlangen des Auftraggebers oder der von ihm beauftragten Behörde hat der Auftragnehmer die entsprechenden Maßnahmen (inkl. die Verpflichtung seiner Arbeitnehmer zur Geheimhaltung) nachzuweisen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nur die für die Erfüllung des ihm erteilten Auftrags notwendigen Personen - einschließlich aller eingesetzten Mitarbeiter von Partnern oder Drittfirmen - und nur im erforderlichen Umfang über die bei der Durchführung des Auftrags bekannt gewordenen Tatsachen, Angaben, Umstände und Ergebnisse zu unterrichten.

Der Bieter hat auch nach Beendigung des Verfahrens über die ihm bekannt gewordenen vertraulichen Informationen des Auftraggebers Verschwiegenheit zu wahren. Bei Verzicht auf eine Angebotsabgabe oder für den Fall, dass das Angebot den Zuschlag nicht erhält, sind alle Vergabeunterlagen zu vernichten.

9. Eigenerklärung zur Eignung (Vordruck L1240)

Es werden nur Angebote fachkundiger und leistungsfähiger Bieter berücksichtigt, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen.

Der Kooperationspartner ist verpflichtet, für sein Personal eine Haftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mindestens 2.000.000,00 EUR für Personenschäden, 500.000,00 EUR für Sachschäden, 500.000,00 EUR für Vermögensschäden, 250.000,00 EUR für Bearbeitungsschäden und 100.000,00 EUR für Schlüsselverlust bzw. Verlust von Zugangskarten abzuschließen und während der Vertragsdauer aufrechtzuerhalten.

Referenzen (IV. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit):

Erfolgreich sind Referenzen, bei denen insbesondere keiner der nachfolgenden Fälle vorliegt bzw. vorlag:

- Nicht unwesentliche Überschreitung des Kostenansatzes (Auftragswertschätzung) bzw. Angebotspreises.
- Beschwerden wegen wiederholter Fluktuation des eingesetzten Personals
- Rückabwicklung des Vertrages
- Geltendmachung von nicht unwesentlichen Vertragsstrafen
- Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund
- Nicht unwesentliche Reduzierung des Leistungsumfangs gegenüber dem bei Beauftragung definierten.

Bei Beauftragung eines Dritten ist nachzuweisen, dass die für den Auftrag erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit bei der Ausführung des Auftrags tatsächlich zur Verfügung gestellt werden kann. Dieser Nachweis kann z.B. durch eine entsprechende unterschriebene Verpflichtungserklärung des Dritten erfolgen.

Sofern Nachweise oder Erklärungen gefordert sind, die ein Bieter eines europäischen Mitgliedstaates objektiv nicht beibringen kann, werden vergleichbare Nachweise oder Erklärungen nach dem Recht des Sitzes des Bieters anerkannt. Hierfür sind Übersetzungen vorzulegen, die durch einen amtlich vereidigten Übersetzer gefertigt wurden.

Der Auftraggeber hat jederzeit das Recht –vor und nach Ausführungsbeginn-, zu überprüfen, ob die zu Eignungskriterien abgegebenen Eigenerklärungen zutreffen.

10. Fachliches Konzept des Kooperationspartners (vgl. jeweiliges Leistungsverzeichnis)

- Dem Preisangebot ist für jedes Los ein Konzept über die Durchführung der auf den Kooperationspartner entfallenden Leistungen und eine Kostenaufstellung (Personal-, Sach-, Verwaltungskosten und Sonstiges) beizulegen. Dabei sind die Räumlichkeiten und deren Ausstattung sowie das verbindlich einzusetzende Personal mit einschlägiger Qualifikation und Erfahrungen zu beschreiben (vgl. 11 Personalerhebungsbogen).

Im Konzept des Bieters ist weiterhin einzugehen auf:

- Vorhandene Räumlichkeiten (insbesondere für die Berufsfelderprobung)
- Erfahrung in der Jugendarbeit:
Der Bieter verfügt über profunde Erfahrungen in der Jugendarbeit und insbesondere auch in der Arbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Es sind ausführliche und nachvollziehbare Ausführungen im Angebot erforderlich, aus denen sich die entsprechenden Erfahrungen ergeben.
- Zusammenarbeit mit behördlichen Institutionen:
Der Bieter verfügt über profunde Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit behördlichen Institutionen, wie z. B. der Agentur für Arbeit, den Jobcentern und mit Jugendämtern sowie Jugendhilfeträgern.
- Kenntnisse des regionalen Arbeitsmarktes:
Der Bieter verfügt über eine profunde Kenntnis des regionalen Arbeitsmarktes in der Region Stadt und Landkreis Hof und ein entsprechendes Netzwerk insbesondere zur Vermittlung von Praktikumsplätzen. Es sind ausführliche und nachvollziehbare Ausführungen im Angebot (beizufügendes Konzept für jedes Los) erforderlich, aus denen sich die entsprechenden Kenntnisse ergeben.

11. Personalerhebungsbogen

- Qualifiziertes und erfahrenes Personal ist im Personalerhebungsbogen anzugeben.
- Das eingesetzte Personal muss die im jeweiligen Leistungsverzeichnis geforderten Kriterien erfüllen (Ausschlusskriterium).
- Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass für die gesamte Laufzeit des Kooperationsvertrags bzw. für das gesamte Schuljahr ein fester Personenstamm als Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler zur Verfügung steht. Der Kooperationspartner hat durchgängig für die gesamte Vertragslaufzeit festangestelltes Personal (Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte) mindestens im Umfang des vereinbarten Personaleinsatzes zu beschäftigen. Festangestellt bedeutet, dass die zwischen dem Auftragnehmer und seinen Mitarbeitern geschlossenen Arbeitsverträge nicht einen geringeren Zeitraum als die vorgesehene Laufzeit des Kooperationsvertrags (ein Schuljahr) umfassen dürfen.
- Das eingesetzte Personal ist gemäß § 35 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) über die gesundheitlichen Anforderungen sowie die Mitwirkungspflichten gemäß § 34 IfSG belehrt worden, verfügt über weitere ggf. für den Einsatz an Berufsschulen gesetzlich vorgeschriebenen (Impf-) Nachweise und erfüllt die Anforderungen des Masernschutzgesetzes. Der Bieter legt einen Nachweis über die Belehrung gem. § 35 IfSG vor.

- Keine Einträge im erweiterten Führungszeugnis des eingesetzten Personals.
- Die Lehrkräfte des Kooperationspartners halten Unterricht in deutscher Sprache.

12. Für das Vergabeverfahren gilt **deutsches Recht**. Auf die Vorschriften des Haushaltsrechts und der UVgO wird verwiesen. Die Angaben im Angebot haben wahrheitsgemäß zu erfolgen. Unzutreffende Angaben können zum Ausschluss des Bieters führen. Angebote und jegliche sonstige Kommunikation sind in deutscher Sprache abzufassen.

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas Anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen: Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der derzeit gültigen Fassung gelten nachrangig zu den Regelungen in den Vergabeunterlagen.

13. Angebote, deren **deutlich niedrigerer Preis** lediglich dem wettbewerbswidrigen Zwecke der Verdrängung von Mitbewerbern dient, werden ausgeschlossen. Entsprechendes gilt für wucherische Angebote. Unterpreisangebote werden vom Auftraggeber entsprechend geprüft. Ggf. wird der betreffende Bieter bzw. die betreffende Bietergemeinschaft zur Erläuterung des Zustandekommens des fraglichen Preises (Kalkulationsgrundlage) aufgefordert. Dies gilt auch für außergewöhnlich teure Angebote.

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen gem. § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss der Beteiligten.

14. Scientology-Erklärung, Erklärung Bezug Russland

Die Scientology-Schutzerklärung und die Erklärung Bezug Russland sind unterzeichnet vorzulegen. Wird dies vom Bieter unterlassen führt dies automatisch zum Ausschluss vom Verfahren.

15. Falls während der Angebotsphase die Vergabeunterlagen durch den Auftraggeber geändert werden sollten (sog. **Korrekturzyklus**), verlieren alle bis dahin abgegebenen Angebote automatisch ihre Gültigkeit

Für den Fall, dass ein bereits abgegebenes Angebot aufrechterhalten werden soll, muss es über den Angebotsassistenten erneut abgegeben werden. Hierzu kann eine automatisch angelegte Kopie des bisherigen Angebots als gültiges Angebot bestätigt werden.

16. Besondere Beteiligungsformen

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas Anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

➤ Unterauftragnehmer

Die Einschaltung von Unterauftragnehmern ist grundsätzlich zulässig. Unterauftragnehmer ist derjenige, der von einem Bieter beauftragt wird, eine oder mehrere Aufgaben von diesem zu übernehmen. Der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft führt die Leistung nicht selbstständig aus, sondern bedient sich ganz (sog. Generalübernehmer) oder teilweise (sog. Generalunternehmer) dem Einsatz von Unterauftragnehmern. Grundsätzlich haftet der Generalübernehmer/-unternehmer für die ordnungsgemäße Vertragsabwicklung. Der Unterauftragnehmer steht in der Regel in keiner Vertragsbeziehung zum öffentlichen Auftraggeber. Die Namen der Unterauftragnehmer und die jeweils zu erbringenden Leistungen sind im Angebot zu benennen. Der Auftragnehmer bemüht sich bei der Einholung von Angeboten der Unterauftragnehmer regelmäßig Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründungen angemessen zu beteiligen. Er verpflichtet sich bei Weitergabe von Lieferleistungen die VOL/B zum Vertragsbestandteil zu machen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich außerdem den Unterauftragnehmern – insbesondere hinsichtlich Gewährleistung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – keine ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind. Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen des Auftraggebers Auskunft darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

➤ Bietergemeinschaften

Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist grundsätzlich zulässig. Eine Bietergemeinschaft liegt vor, wenn sich mindestens zwei Einzelbieter zusammenschließen und im Rahmen einer Ausschreibung ein gemeinsames Angebot mit dem Ziel abgeben den Zuschlag zu erhalten. Die Beteiligung in dieser Form ist möglich, soweit die Bildung der Bietergemeinschaft kartell- und wettbewerbsrechtlich zulässig ist. Das Vorliegen der kartell- und wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen. Eine Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine, von allen Mitgliedern unterschriebene, Erklärung abzugeben, in welcher

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für den Fall der Zuschlagserteilung erklärt ist,
- alle Mitglieder mit postalischer Anschrift aufgeführt sind,
- ein Mitglied für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages als bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist,
- alle Mitglieder die Haftung für die Erfüllung sämtlicher vertraglichen Verpflichtungen als Gesamtschuldner übernehmen,
- eine Kontonummer bei einem näher bezeichneten Kreditinstitut angegeben ist, auf die sämtliche Zahlungen des Auftraggebers mit befreiender Wirkung geleistet werden können.

Im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft, der Unterbeauftragung oder sonstigen Berufung auf die Leistungsfähigkeit eines Dritten (sog. Eignungsleihe) können sich die Angaben und Erklärungen der einzelnen Unternehmen ergänzen, um die erforderliche Leistungsfähigkeit des Bieters insgesamt nachzuweisen. Bei Vorliegen einer Bietergemeinschaft oder einer Eignungsleihe ist der Auftraggeber zur Einholung eines Auszugs aus dem Wettbewerbsregister hinsichtlich aller Beteiligten verpflichtet.

17. Dokumentation und Aufbewahrung

Für den Auftragnehmer sind für Dokumentation und Aufbewahrung die Vorgaben dieser Ausschreibung und der geltenden Förderrichtlinien zu beachten.

Dokumentation:

Alle Unterrichtseinheiten sowie der Verlauf der Maßnahme werden, um eine Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, gemäß den Richtlinien des Datenschutzes schriftlich festgehalten. Hierzu werden die Schülerbewegungen laufend in Form einer Datenbank dokumentiert und ausgewertet, deren Inhalte auch an die Schulverwaltung weitergeleitet werden.

Darüber hinaus umfasst die Dokumentation folgende Teilbereiche:

- Dokumentation der Lernstandserhebungen zu Beginn der Maßnahme;
- Dokumentation der individuellen Lernfortschritte während der Maßnahme;
- Dokumentation der geleisteten Unterrichts- und Betreuungsstunden;
- Dokumentation über Ordnungsmaßnahmen;
- Ggf. Dokumentation der schulischen Aktivität;
- ggf. Dokumentation zum Berufsorientierungsprogramm;
- Ggf. Dokumentation zu Praktika,
- ggf. Dokumentation zum 19.10. nach Abschluss der Maßnahme/Verbleib

Zusammenfassung aller Daten in einem Abschlussbericht für jede erfolgte Maßnahme als Grundlage für die Bestätigung der Schulleitung, dass der Vertrag ordnungsgemäß durchgeführt worden ist.

Aufbewahrung:

Der Kooperationspartner bewahrt die mit der Maßnahme im Zusammenhang stehenden Belege auf (die Frist ist dem Leistungsverzeichnis zu entnehmen). Hierzu gehören die zahlungsbegründenden Unterlagen insbesondere die Stundennachweise und der Abschlussbericht samt Anlagen. Bei der Aufbewahrung sind alle datenschutzrechtlichen Vorschriften einzuhalten.

Auf die Leistungsverzeichnisse der einzelnen Lose wird verwiesen.

18. Wettbewerbsregister

Der Auftraggeber weist auf seine gesetzliche Verpflichtung aus § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes hin. Demnach fordert der Auftraggeber bei Aufträgen ab einer Höhe von

30.000,00 EUR für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister an.

19. Nachprüfungsverfahren

Das Vergabeverfahren unterliegt der Nachprüfung durch die Vergabekammern. Ein Antrag auf Nachprüfung nach §§ 160 ff. GWB ist schriftlich zu stellen und an die Regierung von Mittelfranken – Vergabekammer Nordbayern, Promenade 27, 91522 Ansbach zu richten. Die gesetzliche Frist für die Einlegung eines Nachprüfungsantrags richten sich nach § 160 Abs. 3 GWB, wonach der Antrag unzulässig ist, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Für Amtshandlungen der Vergabekammern werden Kosten (Gebühren und Auslagen) zur Deckung des Verwaltungsaufwandes erhoben (§ 182 GWB). Für das Vergabeverfahren gilt deutsches Recht.

III. ANGEBOTSABGABE

Änderungen, Berichtigungen oder Ergänzungen des Angebotes sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig. Angebote können bis zum Ablauf der Angebotsfrist zurückgezogen werden. Die Abgabe von Doppelangeboten ist unzulässig. Doppelangebote sind Angebote, die sich allein preislich von einem ansonsten inhaltlich identischen Angebot desselben Bieters unterscheiden.

Vorgehensweise:

1. Durch die elektronische Angebotsabgabe im Bieterassistenten des Vergabemanagementsystems ist das Textformerfordernis gem. § 126 b BGB erfüllt (§ 38 UVgO bzw. § 53 Abs. 1 VgV).
2. Bei Rückfragen zur Bedienung der Software können Sie sich gerne an den Support der Firma Aumass GmbH & Co. KG, Ludwig-Eckert-Str. 10, 93049 Regensburg, info@aumass.de oder telefonisch: 09 41 / 280 923 10 wenden.

Falls Sie bereit sind, die Leistungen zu übernehmen, werden Sie gebeten, vollumfänglich und ausschließlich auf elektronischem Weg via Aumass die Angebotsunterlagen (Eingabemaske im Bieterassistenten) auszufüllen und bis zum Einreichungstermin elektronisch abzugeben. Die Angebotsabgabe auf herkömmlichem vollständig schriftlichem Weg ist in diesem Verfahren nicht zugelassen.

Das Angebot mit allen Anlagen ist in deutscher Sprache abzufassen, alle Preise sind in Euro anzugeben.

Unterlagen die nicht der vorgegebenen Form entsprechen gelten als nicht abgegeben und werden nicht berücksichtigt.

Mit Abgabe des Angebots ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.

© 2026 | Alle Rechte vorbehalten. | Zweckverband Berufsschule und Bildung in Stadt und Landkreis Hof. Die Weitergabe an Dritte ohne schriftliche Genehmigung des Auftraggebers ist ausdrücklich untersagt.